

Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am
16.06.2009

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:05 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann ab 16.10 Uhr
Herr Detlef Helling
Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Detlef Werner
Frau Elke Grünewald

SPD

Frau Brigitte Biermann bis 17.00 Uhr
Herr Volker Brinkhoff bis 17.00 Uhr
Herr Hans Hamann
Frau Karin Schrader
Herr Holm Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil
Herr Klaus Rees (Vorsitzender)

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt ab 16.20 Uhr

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke
Frau Sieker – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen
Herr Köhler - Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen (zu TOP 6 und 7)
Herr Lehmkuhler - Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen (zu TOP 6)
Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen
Herr Stühmeier - Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

Nicht anwesend:

Herr Rainer Lux (CDU)

Herr Dr. Harald Wixforth (Bürgernähe)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Rees stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest. Auf Vorschlag der Verwaltung wird der TOP 13 – Änderung der Satzung der Sparkasse – von der Tagesordnung abgesetzt. Zusätzlich soll der Punkt „Aufstockende Förderung für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach § 16 e SGB II (Drucksache 7116) als Punkt 23.1 in die Tagesordnung aufgenommen werden. Der Ausschuss ist mit diesen Veränderungen einverstanden.

Des Weiteren weist Herr Rees darauf hin, dass vor der Ratssitzung am 25.06.2009 um 16.15 Uhr eine Sondersitzung des Finanz- und Personalausschusses vorgesehen sei. Einladung und Tagesordnung werden den Ausschussmitgliedern fristgemäß zugehen.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 55. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 23.04.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 23.04.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 56. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 05.05.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 05.05.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 57. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 14.05.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 14.05.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4

Mitteilungen

Herr Stadtkämmerer Löseke verweist kurz auf die aktuelle Beschlussfassung zur Errichtung und Finanzierung eines Bioinnovationszentrums in Bielefeld und erklärt, dass die WEGE ihn informiert habe, dass in diesem Jahr keine finanzielle Förderung mehr durch das Land erfolgen werde. Dies hänge im Wesentlichen damit zusammen, dass der entsprechende Fördertopf ausgeschöpft sei. Da auch bereits für das Jahr 2010 erhebliche Mittelbindungen vorlägen, sei bei einer eventuell möglichen Anfinanzierung im Jahre 2010 voraussichtlich eine Mittelreservierung erst in den Jahren 2011 und 2012 zu erwarten. Die WEGE werde die Angelegenheit weiterverfolgen und über den Fortgang berichten.

Zu Punkt 5

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 6

Personal- und Organisationsbericht 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6858/2004-2009

Herr Köhler stellt kurz den Personal- und Organisationsbericht 2008 mit dem Schwerpunktthema „Fortbildung“ vor. Herr Sternbacher äußert sich erfreut über den vorliegenden Bericht und stellt heraus, dass die Themen „Fortbildung“ und „Gesundheitsförderung“ vom Finanz- und Personalausschuss schon immer stark beachtet wurden. In dieser Beziehung sei das Engagement der Stadt Bielefeld positiv hervor zu heben. Auf Nachfrage von Herrn Werner erläutern Herr Köhler und Herr Lehmkuhler die unter den Personalkennzahlen ausgewiesene Differenz zwischen Stellen und Beschäftigten. Herr Hamann äußert sich kritisch zu der hohen Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse und hinterfragt, in welchem Umfang daraus unbefristete Arbeitsverhältnisse entstehen. Herr Lehmkuhler erklärt, dass es bei der Stadt Bielefeld durchgängig rd. 200 – 250 beurlaubte Kräfte gebe, die zunächst im Wege von Vertretungsregelungen ersetzt würden. In vielen Fällen, insbesondere auch im Kita-Bereich, ergäben sich daraus auf Dauer aber auch unbefristete Arbeitsverhältnisse.

Zum Abschluss der Diskussion dankt Herr Rees der Verwaltung für die Erstellung des Berichtes und begrüßt ausdrücklich die kurzfristig vorgesehene Veröffentlichung.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Personal- und Organisationsbericht 2008 zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Gesundheitsbericht 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6859/2004-2009

Herr Köhler erläutert kurz den vorliegenden Gesundheitsbericht, der zum zweiten Mal unabhängig vom Personal- und Organisationsbericht erstellt wurde. Er weist darauf hin, dass das bei der Stadt Bielefeld eingeführte Betriebliche Eingliederungsmanagement Ende 2008 vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe prämiert wurde. Weiter führt er aus, dass die Krankenquote seit 2006 konstant bei nur 5,0% liege und damit relativ gering sei. Deutlich werde aus dem Bericht aber auch, dass das Durchschnittsalter der Beschäftigten kontinuierlich steige. Auf Nachfrage von Herrn Sternbacher erklärt Herr Köhler, dass die Beteiligungsquote der Beschäftigten beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement noch verbesserungswürdig sei. Herr Rees hebt positiv hervor, dass sich der ASID u. a. auch um die Art und Weise der Fensterreinigungsarbeiten durch Fremdfirmen kümmere und erklärt, dass er sich freuen würde, wenn diesbezüglich Verbesserungen erreicht werden könnten. Abschließend dankt Herr Rees der Verwaltung und insbesondere Frau Albrecht für die kompetente Berichterstellung.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Gesundheitsbericht 2008 zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht zur aktuellen Haushaltssituation

Herr Stadtkämmerer Löseke verweist kurz auf den Inhalt des Schreibens an die Fraktionen und Gruppen zu den Auswirkungen der Steuerschätzung. Er stellt heraus, dass es sich um eine bundesweite Schätzung handle, die insbesondere bei der Gewerbesteuer nur Anhaltspunkte für eine Entwicklung liefern könne. Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung für das Jahr 2009 habe man dem rückläufigen Trend folgend lediglich einen Ansatz in Höhe von 199 Mio. € veranschlagt und sei damit bereits

deutlich unter dem voraussichtlichen Rechnungsergebnis 2008 von rd. 228 Mio. € geblieben. Der in der Steuerschätzung prognostizierte Rückgang liege bei 14,7%. Danach würde sich für 2009 ein Ergebnis von rd. 194,1 Mio. € ergeben. Insbesondere bei der Gewerbesteuer sei in Bielefeld aber stets eine individuelle Entwicklung zu beobachten gewesen.

Bei der Einkommensteuer sei dagegen eher eine Entwicklung entsprechend der Steuerschätzung und damit ein Rückgang um 9% bzw. rd. 12,6 Mio. € zu erwarten. Seines Erachtens seien aktuell jedoch Möglichkeiten zur Kompensation dieser Einnahmeausfälle vorhanden. Beispielfähig könne er Einsparungen bei den Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung, bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes und eine denkbare höhere Gewinnabführung des UWB benennen. Abschließend weist Herr Stadtkämmerer Löseke darauf hin, dass es sich um eine stichtagsbezogene Betrachtung zum 27.05. handle und abweichende Entwicklungen im weiteren Jahresverlauf nicht ausgeschlossen seien. Er werde hierüber entsprechend berichten.

Herr Hamann schätzt die aktuelle Haushaltslage als dramatisch ein und stellt die tatsächlichen Möglichkeiten einer Kompensation in Frage. Insbesondere könne man in diesem Zusammenhang nicht eine mögliche höhere Gewinnabführung des UWB benennen, da darüber noch gar nicht beschlossen worden sei. Herr Rees stimmt Herrn Hamann hinsichtlich der Einschätzung der Haushaltslage zu, weist aber darauf hin, dass die Situation durch die Stadt teilweise nicht zu beeinflussen sei. Herr Werner dankt dem Stadtkämmerer für die Informationen und stellt fest, dass die wirtschaftliche Lage der Stadt immer wieder zu thematisieren sein wird.

-.-.-

Zu Punkt 9

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2008 des Informatik-Betriebes Bielefeld (IBB) und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6825/2004-2009

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HLB Dr. Stückmann und Partner vorgenommenen Pflichtprüfung des Informatik-Betriebes Bielefeld für das Geschäftsjahr 2008 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2008 mit einer Bilanzsumme von 13.782.236,36 € und einem Jahresgewinn von 29.808,50 € (Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung) in der geprüften Form fest.**
- 2. Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Informatik-Betriebes Bielefeld fest.**

3. Der Rat beschließt, den in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn von 29.808,50 € auf neue Rechnung vorzutragen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Gemäß § 31 GO NRW haben an der Beratung und Beschlussfassung zu Nr. 2 nicht mitgewirkt: Herr Werner, Herr Sternbacher, Herr Rees

-.-.-

Zu Punkt 10

Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für die Vergabe von Gutachten im Haushaltsjahr 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7061/2004-2009

Herr Werner fragt nach, ob sich die Stadt Bielefeld bei den NKF-bedingten Umstellungen nicht an den Erfahrungen der Modellstädte orientieren könne. Herr Berens erklärt, dass man grundsätzlich durchaus die erarbeiteten Handreichungen heranziehe, diese aber bei individuellen Einzelproblemen wie zum Beispiel die Bewertung von BBVG und BGW kaum hilfreich seien. Externer Beratungsbedarf benötige die Stadt nur in solchen speziellen Sachverhalten. Herr Hamann führt aus, dass er das vorgeschlagene Nachbewilligungsverfahren in diesem Falle kritisch sehe. Er hätte hierzu eine zeitnähere Information erwartet, zumal er vermute, dass die benötigten Mittel bereits ausgegeben seien. Herr Berens erklärt, dass die Mittel entgegen der Einschätzung von Herrn Hamann noch nicht verausgabt worden seien und erläutert im Weiteren kurz die Entwicklung des Haushaltsansatzes 2009. Leider habe sich die im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2009 getroffene Einschätzung zum Mittelbedarf als nicht richtig erwiesen. Herr Hamann unterstreicht, dass auch seines Erachtens bestimmte Sachverhalte einer externen Betrachtung bedürfen. Da es im Bereich der Gutachten aber immer wieder zu Nachbewilligungen komme, wünsche er sich ein deutlich früher einsetzendes Verfahren.

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Dem überplanmäßigen Aufwand bzw. der überplanmäßigen Auszahlung beim Sachkonto 54290000 „Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“ in Höhe von 150.000,00 Euro wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch Minderaufwand bzw. -auszahlungen bei den Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung in gleicher Höhe.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

-.-.-

Verwendung des Jahresüberschusses der Sparkasse Bielefeld für das Geschäftsjahr 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6901/2004-2009

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Beschlussfassung des Rates der Stadt Bielefeld unterliegt gemäß § 25 SpkG der Jahresüberschuss in Höhe von 5.235.875,97 € zuzüglich eines Gewinnvortrages in Höhe von 108,67 € In die Sicherheitsrücklage werden 2.859.900,00 € eingestellt. Unter Berücksichtigung der Kapitalertragsteuer in Höhe von 356.412,70 € und des Solidaritätszuschlages in Höhe von 19.602,70 € beträgt der Mittelzufluss im städtischen Haushalt 2.000.069,24 €

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Herr Rees übergibt den Vorsitz an Herrn Schulze.

Zu Punkt 12

Entlastung der Organe der Sparkasse Bielefeld für das Geschäftsjahr 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6905/2004-2009

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt von dem Lagebericht und dem Jahresabschluss der Sparkasse Bielefeld für das Geschäftsjahr 2008 Kenntnis.**
- 2. Der Rat der Stadt erteilt den Organen der Sparkasse Bielefeld – Verwaltungsrat und Vorstand – für das Geschäftsjahr 2008 gemäß § 8 Abs. 2 lit. f des Sparkassengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SpkG NRW) Entlastung.**

- einstimmig beschlossen -

Gemäß § 31 GO NRW haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht mitgewirkt: Herr Henrichsmeier, Herr Hamann, Herr Sternbacher, Frau Biermann, Herr Geil, Herr Rees

-.-.-

Herr Schulze gibt den Vorsitz an Herrn Rees zurück.

Zu Punkt 13

Änderung der Satzung der Sparkasse Bielefeld

- abgesetzt -

Zu Punkt 14

**Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für die Produktgruppe
11.03.02 "Zentrale Leistungen des Schulträgers"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6742/2004-2009

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW im Teilergebnisplan 2009 der Produktgruppe 11.03.02 „Zentrale Leistungen des Schulträgers“, PSP-Element 11.03.02.0100 „Betreuungs- und Ganztagsangebote (OGS)“ eine überplanmäßige Nachbewilligung von Zuschüssen an übrige Bereiche, Sachkonto 53180000, in Höhe von 326.250 EUR zu beschließen.

Deckung:

Minderaufwand im Teilergebnisplan 2009 der Produktgruppe 11.16.01 „Allgemeine Finanzwirtschaft“, PSP-Element 11.16.01.03 „Kredite und Schuldendienste“ bei den Zinsaufwendungen an Kreditinstitute, Sachkonto 55170000, in entsprechender Höhe.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Wege durch das Land

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7037/2004-2009

Unter Berücksichtigung der im Kulturausschuss beratenen Änderungen im Gesellschaftervertrag empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Bielefeld beteiligt sich an einer gemeinnützigen GmbH zur Durchführung des Literatur- und Musikfestivals „Wege durch das Land“.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e.V., dem Landesverband Lippe und den Kreisen

der Region Ostwestfalen-Lippe einen Gesellschaftervertrag zur Gründung der gemeinnützigen GmbH abzuschließen.

Der von der Stadt Bielefeld zu leistende Anteil an der Stammeinlage in Höhe von 2.000 € wird aus der Finanzrechnung 2009 getragen. Der Jahresbeitrag von 10.000 € zuzüglich der anteiligen Gebühren für den Notar (einmalig ca. 2.000 €) wird im Haushaltsjahr 2009 aus dem Budget des Stabs Dezernat 2 finanziert. Ab dem Haushaltsjahr 2010 ist ein entsprechender Haushaltsansatz im Haushalt des Kulturamtes zu bilden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

Richtlinie der Stadt Bielefeld über die Gewährung von Zuschüssen zum Einbau lärmdämmender Fenster und Türen (Bielefelder Lärmschutzfensterprogramm)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7045/2004-2009

Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld, die „Richtlinie der Stadt Bielefeld über die Gewährung von Zuschüssen zum Einbau lärmdämmender Fenster und Türen (Bielefelder Lärmschutzfensterprogramm)“ gemäß Anlage zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17

Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 64.000 € im Rahmen der Pandemieplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6996/2004-2009

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Nachbewilligung (außerordentlicher Aufwand) von 64.000,00 € bei PSP – Element 11.02.15.05 – Krisenmanagement – zu beschließen.

Deckung: Minderaufwand in gleicher Höhe bei PSP – Element 11.16.01.03 – Sachkonto 55160000 (Kredite und Schuldendienste, Zinsen äußere Kassenkredite)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 18

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2008 des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld sowie die Entlastung des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6821/2004-2009

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft treuhandpartner vorgenommenen Pflichtprüfung des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld für das Geschäftsjahr 2008 zur Kenntnis und stellt den Jahresabschluss mit einer Bilanzsumme von 644.548.743,83 € und einem Jahresgewinn in Höhe von 6.356.668,74 € in der geprüften Form fest.**

Über die Gewinnverwendung wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

- 2. Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld fest.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Gemäß § 31 GO NRW haben an der Beratung und Beschlussfassung zu Nr. 2 nicht mitgewirkt: Herr Werner, Herr Hamann, Herr Sternbacher

-.-.-

Zu Punkt 19

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2008 des Immobilienservicebetriebes und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung des Betriebsausschusses.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6866/2004-2009

Beschluss:

- 1. Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:**

- 1.1 Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Treuhandpartner, Krefeld, vorgenommenen**

Pflichtprüfung des Immobilienservicebetriebes Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2008 mit einer Bilanzsumme von 925.412.450,40 € und einem Jahresgewinn in Höhe von 3.347,29 € in der geprüften Form fest.

Er beschließt, den Jahresgewinn in Höhe von 3.347,29 € der allgemeinen Rücklage des ISB zuzuführen.

1.2 Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes fest.

2. Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Risikobericht des Immobilienservicebetriebes zur Kenntnis.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Gemäß § 31 GO NRW haben an der Beratung und Beschlussfassung zu Nr. 1.2 nicht mitgewirkt: Frau Grünewald, Herr Henrichsmeier, Frau Biermann, Herr Brinkhoff, Herr Rees

-.-.-

Zu Punkt 20

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Straße "Kneippweg"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6760/2004-2009

Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat, die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Straße Kneippweg von Virchowstraße bis Wendehammer“ wird entsprechend der Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 21

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in dem Verbindungsweg zwischen Langenhagen und Kneippweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6761/2004-2009

Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat, die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in dem Verbindungsweg zwischen Langenhagen und Kneippweg“ wird entsprechend der Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 22

Verwendung der ÖPNV - Pauschale 2009

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6993/2004-2009

Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat, folgende Verwendung der finanziellen Mittel aus der ÖPNV-Pauschale nach § 11 ÖPNVG NRW zu beschließen:

- 600.000 € werden als Aufgabenträgeranteil zur Verbesserung des ÖPNV eingesetzt.
- 2,729 Mio. € werden an die moBiel GmbH zur anteiligen Finanzierung der XXL-Stadtbahnwagen weitergeleitet.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 23

Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf dem OWD

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7038/2004-2009

Herr Hamann kritisiert die in der Vorlage genannte Deckung der Mehrausgaben, da es sich überwiegend um eine unechte Deckung handele. Weiter führt er aus, dass bei der Einrichtung stationärer Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen der Aspekt der Verkehrssicherheit im Vordergrund stehe. Die Einnahmeerwartung sei nachrangig zu betrachten und werde auf Dauer eher rückläufig sein.

Auf Nachfrage von Herrn Hamann erklärt Herr Löseke, dass für die Bearbeitung der Bußgeldbescheide keine Mehrstellen geschaffen würden.

Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat, die Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in Höhe von 220.640 Euro für die Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf dem OWD zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 23.1

Aufstockende Förderung für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nach § 16 e (neu) SGB II:
Erweiterung des kommunalen Angebotes für schwervermittelbare SGB II -Leistungsempfänger

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7116/2004-2009

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt für die Integration schwervermittelbarer Langzeitarbeitsloser nach § 16 e SGB II (neu) weitere 50 Stellen im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes zu akquirieren und mit einem aufstockenden Zuschuss bis 25 % der Personalkosten zu fördern.

Der finanzielle Aufwand für die arbeitsmarktpolitische Maßnahme beträgt jährlich ca. 240.000 € Wegen des späteren Maßnahmebeginns (ab 01.07.2009) für das Jahr 2009 noch ca. 120.000 €

Die Finanzierung des zusätzlichen Finanzaufwands erfolgt im Rahmen der Gesamtmaßnahme „JobPerspektive“ über Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft durch Wegfall/Reduzierung des Leistungsbezuges nach SGB II.

Der Rat ist mit der Abwicklung der Maßnahme unter der Produktgruppe 11 05 01 (Grundsicherung für Arbeit) bei Einhaltung der finanziellen Rahmenbedingungen einverstanden und bereit, zu gegebener Zeit die zusätzlich erforderlichen Finanzmittel bereitzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 24

Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.

- einstimmig beschlossen -

Bielefeld, 16.06.2009

Klaus Rees
(Vorsitzender)

Ralf Schulze
(Vorsitz zu TOP 12)

Heike Wemhöner
(Schriftführerin)